

Sinn, Hans-Werner

**Article**

## Eine Anmerkung zur Reallohnentwicklung in Deutschland

ifo Schnelldienst

**Provided in Cooperation with:**

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Sinn, Hans-Werner (2007) : Eine Anmerkung zur Reallohnentwicklung in Deutschland, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 60, Iss. 19, pp. 23-26

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/164471>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Vom Arbeitsministerium wurden kürzlich Zahlen zur Reallohnentwicklung in Deutschland vorgelegt, die zu einer umfangreichen Reaktion in den Medien führten. Die Bild-Zeitung widmete sich dem Thema über mehrere Tage hinweg. Danach waren die realen, also preisbereinigten Nettolöhne der Arbeitnehmer in Deutschland im vergangenen Jahr so niedrig wie seit 1986 nicht mehr.<sup>1</sup> Das passt zu Berichten, dass die meisten Deutschen denken, der Aufschwung sei bei ihnen nicht angekommen. Viele fordern Mindestlöhne, um die Ausbeutung der Arbeiter durch den Kapitalismus zu verhindern. Was ist dran an diesen Aussagen?

Richtig ist, dass die Löhne in den letzten Jahren tatsächlich unter Druck geraten sind und dass sich deshalb die bereinigte Lohnquote, also der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen unter Berücksichtigung der Verschiebung in der Struktur der Erwerbstätigkeit (Anteil der Arbeitnehmer bzw. der Selbständigen an den Erwerbstätigen) in der Zeit seit 1980 recht deutlich verringert hat. Abbildung 1 zeigt die Entwicklung seit 1970. Man sieht, dass die bereinigte Lohnquote seit 2000 von Jahr zu Jahr sank, nachdem sie in den ersten neun Jahren seit der Vereinigung etwa konstant geblieben war. Schon in den achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts war sie spürbar rückläufig gewesen, und die letzte mehrjährige Phase mit einem spürbaren kontinuierlichen Anstieg (1970 bis 1974) liegt schon mehr als drei Jahrzehnte zurück.

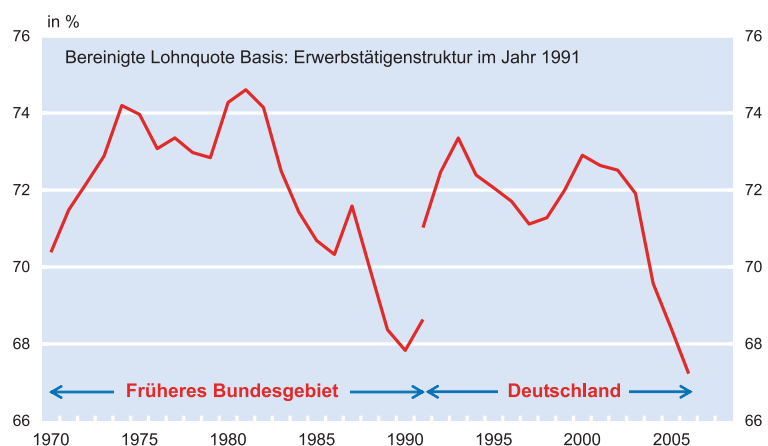
Das liegt vermutlich an den Kräften der Globalisierung, die Deutschland mit einer immer heftiger werdenden Niedriglohnkonkurrenz bedrängen. Der Fall des Eisernen Vorhangs hat in der gesamten westlichen Welt einen massiven Lohnruck erzeugt. Besonders betroffen sind jene Länder, die an der Grenze der ehemals kommunistischen Gebiete liegen. Das ist alles nicht überraschend angesichts der Größe der neu auf den Weltarbeitsmarkt getretenen Menschenmassen. Nur 15% der Menschheit gehören zu den entwickelten OECD-Ländern. In den exkommunistischen Ländern leben indessen 28%, und in Indien, das sich der Marktwirtschaft ebenfalls zugewandt hat,

leben noch einmal 17%. Auf dem neuen Weltarbeitsmarkt hat sich die Wettbewerbssituation der deutschen Arbeitnehmer massiv verschlechtert, was eine Verlangsamung des Lohnanstiegs erzwang. Der seit 1970 anhaltende Trend einer über die Konjunkturzyklen hinweg ansteigenden Arbeitslosigkeit konnte durch die Verminderung des Lohnanstiegs in den letzten Jahren etwas abgemildert und vermutlich sogar unterbrochen werden. Im Vergleich zur Arbeitslosigkeit von 4,9 Millionen Personen im Jahr 2005 kommen manchem die 3,8 Millionen des Jahres 2007 fast schon wie Vollbeschäftigung vor. Deutschland hat freilich immer noch einen harten Sockel an Langzeitarbeitslosen und ist nach wie vor unangefochten OECD-Weltmeister bei der Arbeitslosenquote der Geringqualifizierten.<sup>2</sup> Wenn der derzeitige Konjunktur-Boom wieder vorbei ist, werden die Zahlen vermutlich wieder ansteigen.

Das Sinken der Lohnquote hat auch ein Sinken der Staatsquote induziert. Lag die

Abb. 1

**Bereinigte Lohnquote (Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen unter Berücksichtigung der Erwerbstätigenstruktur)**



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

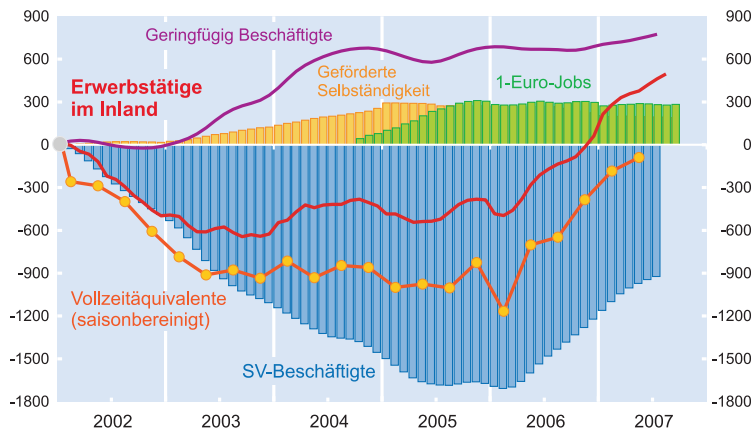
<sup>1</sup> Vgl., Der Netto-Lohn-Skandal, <http://www.bild.t-online.de/BTO/tipps-trends/geldjob/2007/09/24/loehne-netto-niedrig/deutschland-20-jahre.geo=2544044.html#>.

<sup>2</sup> Vgl. OECD, Education at a Glance, Paris 2006, S. 118 f.

Abb. 2

**Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland**

Kumulierte Veränderung gegenüber Dezember 2001 (1000 Personen)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; Stand: Monatsbericht September 2007 bzw. Arbeitsmarkt in Zahlen: Beschäftigung in Deutschland; Berechnungen des ifo Instituts.

se Quote im Jahr 1996 bei 49,3%, so betrug sie im Jahr 2006 nur noch 45,4%. Der Grund liegt vor allem darin, dass die Arbeitnehmerentgelte der Staatsbediensteten in der letzten Zeit kaum noch gewachsen sind. Hinzu kommt, dass die Renten und andere Sozialleistungen an den Lohn geknüpft sind. Der in den letzten Jahren stark ansteigende Bestand an Rentnern hat sich deshalb nur wenig auf die Staatsquote auswirken können.

So richtig das alles ist, so irreführend sind die Interpretationen der vom Arbeitsministerium veröffentlichten Zahlen durch manche Medien. Hinter dem geringen Anstieg der Nettoeinkommen in den letzten 20 Jahren verbirgt sich nämlich vor allem ein Struktureffekt. Es sind in den letzten Jahren sehr viele Teilzeitstellen und marginale Beschäftigungsverhältnisse (wie Minijobs und Ein-Euro-Jobs) entstanden. Das wurde durch staatliche Förderprogramme (niedrigere Abgabensätze bei geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen, Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Arbeitslose) ermöglicht. Abbildung 2 verdeutlicht die Bedeutung dieser neuen Beschäftigungsverhältnisse für den deutschen Arbeitsmarkt.

Vor allem aber hat die Agenda 2010 zu einem Paradigmenwechsel geführt. Die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, die Verkürzung der Fristen für den Bezug von Arbeitslosengeld I und die Verbesserung der Hinzuverdienstmöglichkeiten bei der Sozialhilfe in Form des neuen Arbeitslosengeldes II haben die Mindestlohnansprüche gesenkt, und zu niedrigeren Löhnen gab es neue Jobs, die sonst nicht entstanden wären. Das hat zwar den Durchschnitt gesenkt und erklärt die geringe Zunahme der Nettoeinkommen, doch besagt es nicht, dass hier eine problematische Entwicklung eingetreten wäre, die man korrigieren muss. Immerhin sind so ja viele neue Stellen entstanden, die es sonst

nicht gegeben hätte. Beim Durchschnittslohn ist es wie bei der Kartoffelernte. Nachdem die großen Kartoffeln geerntet waren, hat man uns Kinder noch einmal über das Feld geschickt, die kleinen aufzusammeln. Das hat die Durchschnittsgröße der geernteten Kartoffeln verringert, aber dennoch war der Bauer froh, dass er auch die kleinen Kartoffeln hatte.

Wie der Lohn bei Normalarbeitsverhältnissen sich wirklich verändert hat, zeigen die Abbildungen 3 und 4. Beide Abbildungen vergleichen die in den Medien zitierte Datenreihe mit der Entwicklung des Einkommens eines typischen Facharbeiters im produzierenden Gewerbe im früheren Bundesgebiet, die in dem vom Bundesarbeitsministerium publizierten Statistikheft ebenfalls dargestellt ist. Die unterste Kurve dieser Diagramme

zeigt das, worüber die Medien sich aufgeregt haben: Den Anstieg der durchschnittlichen Nettoeinkommen. Von 1970 bis 2006 liegt er gerade einmal bei 17,3%. Man erkennt aber sofort, dass die deutsche Vereinigung einen Strukturbruch bedeutet hat. Natürlich hat die Integration der niedrigen Ostlöhne den gesamtdeutschen Lohn relativ zum westdeutschen Lohn für sich genommen verringert.

Schon der monatliche Nettoeinkommen eines westdeutschen Facharbeiters ist relativ viel stärker gestiegen. Beim Alleinstehenden verzeichnet die Statistik ein Plus von 25% und beim Verheirateten unter Hinzurechnung des gesetzlichen Kindergelds eines von 53%.

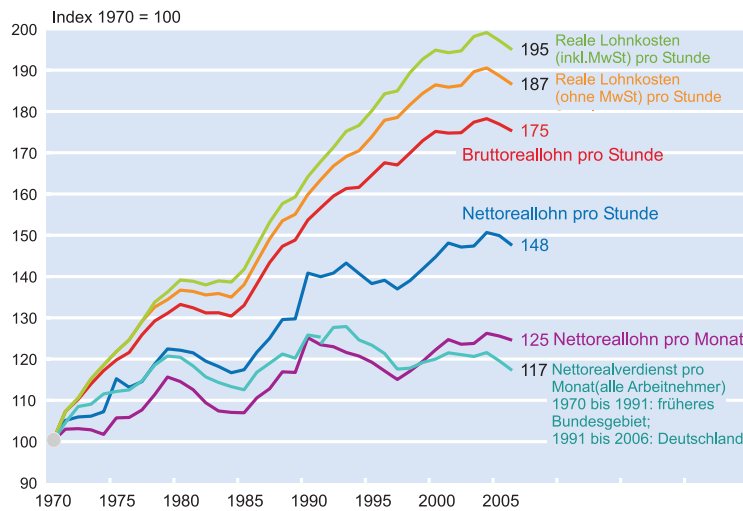
Die Arbeitszeitverkürzung macht sich hier sehr stark dämpfend bemerkbar, denn pro Stunde gerechnet, sind die entsprechenden Nettoeinkommen sogar um 48% bzw. 81% gestiegen. Wenn Tarifverträge das Arbeiten verbieten, darf man sich nicht wundern, dass die Lohneinkommen zurückbleiben.

Abbildung 3 zeigt, dass beim alleinstehenden Facharbeiter auch die relative Abgabenlast auf die Lohneinkommen in den letzten Jahrzehnten recht stark angestiegen ist. Während der reale Bruttostundenlohn des alleinstehenden Facharbeiters von 1970 bis 2006 um 75% zunahm, stieg der reale Nettostundenlohn nur um die schon erwähnten 48%.

Beim verheirateten Facharbeiter sieht das allerdings ganz anders aus. Sein realer Nettostundenlohn stieg um beachtliche 81%. Er lag damit sogar ein wenig über der Steigerung des realen Bruttostundenlohns, die 75% betrug.

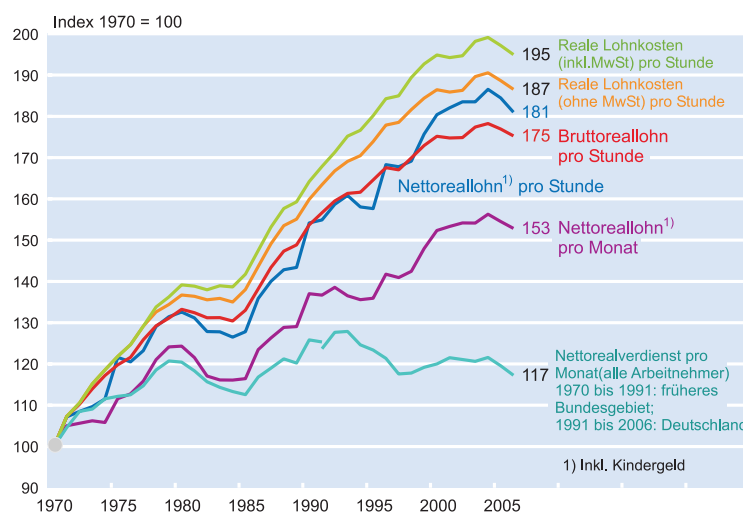
Noch schneller als die auf dem Gehaltszettel ausgewiesenen Verdienste sind freilich die realen Lohnkosten pro Stun-

**Abb. 3**  
**Reallohntwicklung des ledigen Facharbeiters ohne Kind<sup>1)</sup>**



1) Männlicher Facharbeiter im Produzierenden Gewerbe mit Durchschnittsverdienst; früheres Bundesgebiet.  
 Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Bundesministerium der Finanzen; Statistisches Bundesamt und Berechnungen des ifo Instituts.

**Abb. 4**  
**Reallohntwicklung des verheirateten Facharbeiters mit zwei Kindern<sup>1)</sup>**



1) Männlicher Facharbeiter im Produzierenden Gewerbe mit Durchschnittsverdienst; früheres Bundesgebiet.  
 Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Bundesministerium der Finanzen; Statistisches Bundesamt und Berechnungen des ifo Instituts.

de gestiegen. Sie nahmen bei beiden Arbeitnehmertypen um 87% zu.

Die Abbildungen weisen neben den Lohnkosten nach normaler Rechnung auch noch die Lohnkosten inklusive der Mehrwertsteuer aus, die beim Arbeitgeber auf die Wertschöpfung der menschlichen Arbeit anfallen. Zwar ist die Mehrwertsteuer im Außenverhältnis zu anderen Ländern irrelevant für die Berechnung der Lohnkosten, weil sie beim Export erlassen wird. Doch im Innenverhältnis gehört sie zu

den Lohnkosten hinzu, weil sie die Arbeit genauso verteuert wie die Sozialabgaben. Wenn der Handwerker dem Kunden die Arbeitszeit seiner Gesellen berechnet, rechnet er die Mehrwertsteuer natürlich mit ein. Auch die Mehrwertsteuer treibt einen Keil zwischen das, was der Kunde bezahlt, und das, was der Geselle erhält. In ihrer Wirkung ist sie der Lohnsteuer des Gesellen, seinen Sozialabgaben oder den Sozialabgaben des Arbeitgebers durchaus ähnlich. Der Anreiz, in die Schwarzarbeit auszuweichen oder gar nicht mehr zu arbeiten, hängt nur von der Summe aller Abgaben ab.

In der Bild-Zeitung und anderen Medien wurden nicht die Entwicklungen seit 1970, sondern während der letzten 20 Jahre betrachtet. Zum Vergleich führt Tabelle 1 deshalb auch noch die entsprechenden Steigerungsraten für die Zeitspanne von 20 Jahren an.

Diese Informationen relativieren die Angst, die die Veröffentlichung des Arbeitsministeriums hervorgerufen hat. Normalarbeitsverhältnisse haben in den letzten Jahrzehnten sehr wohl eine deutliche Steigerung der realen Stundenverdienste gebracht: immerhin seit 1970 je nach Familienstand ein Plus von etwa der Hälfte bis zu drei Vierteln dessen, was man damals verdient hat. Auch in den letzten 20 Jahren sind im früheren Bundesgebiet mit Steigerungen im Bereich von 21% (ledige Facharbeiter) bis 33% (verheiratete Facharbeiter) ansehnliche Werte erzielt worden.

Und wenn in der letzten Zeit neue Jobs, die schlechter bezahlt sind und den Durchschnitt dämpfen, hinzutreten, sollte man das nicht beklagen, sondern insofern begrüßen, als diese Entwicklung doch deutlich besser ist, als es die weitere Steigerung der deutschen Massenarbeitslosigkeit gewesen wäre. Auch

die deutsche Vereinigung will man ja nicht missen, bloß weil durch die rechnerische Einbeziehung der Löhne in den neuen Ländern die Durchschnitte gefallen sind. Im Westen wie im Osten sind die realen Nettostundenverdienste heute viel höher als vor 20 Jahren.

Deutschland ist wahrlich kein Niedriglohnland, sondern trotz aller Lohnzurückhaltung der letzten drei Jahre immer noch ein extremes Hochlohnland. Die Lohnkosten für Industriearbeiter sind nach wie vor hinter Norwegen und Dänemark

**Tab. 1**  
Lohnsteigerungen von Facharbeitern mit Durchschnittslohn im Produzierenden Gewerbe im früheren Bundesgebiet im Zeitraum 1986 bis 2006 (in %; real<sup>a)</sup>)

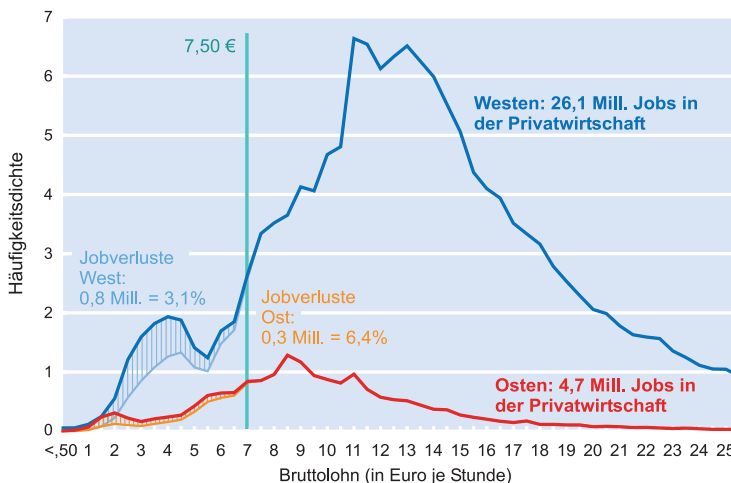
Einkommensgröße	Facharbeiter ledig	Facharbeiter verheiratet, zwei Kinder
Nettolohn pro Monat	12,7	23,8 <sup>b)</sup>
Nettolohn pro Stunde	21,2	33,2 <sup>b)</sup>
Bruttolohn pro Stunde	26,8	26,8
Lohnkosten pro Stunde <sup>c)</sup>	29,9	29,9
Lohnkosten pro Stunde <sup>c)</sup> inkl. Mehrwertsteuer <sup>d)</sup>	32,2	32,2
Nachrichtlich: Nettoverdienst (Gesamtwirtschaft) <sup>e)</sup>	0,4	0,4

<sup>a)</sup> Preisbereinigt mit dem Preisindex für die Lebenshaltung von Vier-Personen-Haushalten von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen im früheren Bundesgebiet (bis 1999) bzw. mit dem Verbraucherpreisindex für Deutschland (ab 2000). – <sup>b)</sup> Inkl. Kindergeld. – <sup>c)</sup> Bruttolohn plus Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung. – <sup>d)</sup> Normalsatz. – <sup>e)</sup> Von der Bild-Zeitung zitierte Größe; Nettolöhne und -gehälter monatlich je Arbeitnehmer in Deutschland (2006) bzw. im früheren Bundesgebiet (1986).

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Bundesministerium der Finanzen, Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

die dritthöchsten auf der ganzen Welt. Auch sind die Fluchtreaktionen des Kapitals in die Niedriglohnländer des Ostens und anderswohin trotz der guten Konjunktur nicht schwächer geworden. Noch immer investieren die Deutschen wesentlich mehr Kapital im Ausland als im Inland. Insofern sind Vorstellungen, der Lohnentwicklung durch Mindestlöhne entgegenwirken zu wollen, abwegig. Sie würden das Rad der Geschichte nur wieder zurückdrehen und erneut viele Menschen in die Arbeitslosigkeit treiben.

**Abb. 5**  
Beschäftigungsverluste durch den Mindestlohn in West- und Ostdeutschland



Quelle: Thum, ifo Dresden, und Ragnitz, IWH.

Abbildung 5 zeigt das Ergebnis einer Studie von Thum und Ragnitz<sup>3</sup> zu den Jobverlusten durch Mindestlöhne, die bei einem Stundenlohn von 7,50 € angesiedelt sind, wie es einige politische Kräfte wollen. Die Datenbasis der Autoren umfasst etwa 18 Millionen Stellen in Deutschland, die auf die Grundgesamtheit von knapp 31 Millionen privaten Stellen hochgerechnet wurde. Man sieht, dass es viele Beschäftigungsverhältnisse in West- und Ostdeutschland gibt, die geringer als mit 7,50 € je Stunde entlohnt werden. Wird der Mindestlohn eingeführt, dann fallen einige dieser Stellen weg, und zwar anteilig umso mehr, je höher der erzwungene prozentuale Lohnanstieg ist. Verwendet man, wie die Autoren es tun, die geringsten Reaktionskoeffizienten (Arbeitsnachfrageelastizitäten), die die ökonometrische Literatur gefunden hat, so kommt man zu dem Schluss, dass in Westdeutschland 3,1% und in Ostdeutschland 6,4% der Stellen im privaten Sektor entfallen. Das sind in absoluten Zahlen 800 000 im Westen und 300 000 im Osten. In der Summe entstünde ein Stellenverlust von 1,1 Millionen. Es ist

zu betonen, dass dies eine extrem seriöse und belastbare Schätzung ist, die allen Regeln der Kunst genügt und an der keiner, der es gut mit den Menschen meint, vorbeisehen kann.

Das alles sollten sich die politischen Entscheidungsträger noch einmal vor Augen führen, bevor sie mit dem Versuch Ernst machen, das Rad der Geschichte gegenüber den Schröderschen Reformen wieder zurückzudrehen.

<sup>3</sup> Vgl. J. Ragnitz und M. Thum, Zur Einführung von Mindestlöhnen: Empirische Relevanz des Niedriglohnssektors, ifo Schnelldienst 60(10), 2007, S. 33–40.